Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW - 40190 Düsseldorf

Christina Schulze Föcking MdL

17. April 2018

Landtagspräsident
Nordrhein-Westfalen
Herr André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben
II 2-2302-27

Herr Hannen
martin.hannen@mulnv.nrw.de
Telefon 0211 4566-256
Telefax 0211 4566-456
poststelle@mulnv.nrw.de

60-fach

Bericht der Landesregierung zur Internationalen Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

liebes André,

die Landesregierung legt hiermit den erbetenen Bericht zum Tagesordnungspunkt „Internationale Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr“ für die Sitzung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 20. April 2018 vor.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Schulze Föcking

**Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz**

„Internationale Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr“

Schriftlicher Bericht der Landesregierung

Vorbemerkung

In Deutschland finden alle zehn Jahre Internationale Gartenausstellungen statt. Sie ersetzen im jeweiligen Jahr zugleich die Bundesgartenschau (BUGA), haben aber grundsätzlich vergleichbare Funktionen und Kennzeichen. In Nordrhein-Westfalen fand bislang keine IGA statt, die letzte BUGA fand 1997 in Gelsenkirchen (Nordsternpark) statt.

Für die Ausrichtung einer IGA/BUGA bewerben sich Kommunen bei der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG). Gesellschafter der DBG sind die Spitzenverbände des deutschen Gartenbaus; öffentliche Stellen des Bundes oder der Länder sind an der DBG nicht beteiligt. Für eine BUGA/IGA übernimmt zwar üblicherweise der Bundespräsident die Schirmherrschaft, eine finanzielle Beteiligung oder spezielle Förderung durch den Bund findet jedoch nicht statt.

Der RVR hat sich gemeinsam mit der Emschergenossenschaft für die Durchführung einer IGA beworben. Der Zuschlag durch die DBG erfolgte Ende 2016. Bis auf weiteres ist das Ausrichtungsjahr 2027 von Seiten der DBG für die Metropolregion Ruhr „reserviert“. Die DBG drängt allerdings bis Mitte 2018 auf eine gesicherte Finanzierungsentscheidung des RVR, um andernfalls noch zeitgerecht eine anderweitige Vergabe des Termins möglich zu machen.

Zu den konkreten Fragen:

1. Besteht seitens der Landesregierung die grundsätzliche Absicht das Projekt und die Durchführung der Internationalen Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr zu unterstützen?
2. Wie bewertet die Landesregierung das Kriterium der nachhaltigen Nutzung der Veranstaltungsorte in der bisherigen Machbarkeitsstudie der Metropole Ruhr?
3. Wird die Landesregierung fristgemäß dem Regionalverband Ruhr die Unterstützung für das vorgelegte Finanzierungskonzept für die IGA 2027 positiv entscheiden und somit die weiteren Umsetzungsschritte zur Durchführung des Großereignisses ermöglichen?

Die Fragen 1 bis 3 werden gemeinsam beantwortet:

Die Landesregierung prüft das Konzept derzeit gemeinsam mit dem RVR. Es besteht jedoch Konsens innerhalb der Landesregierung, dass eine Unterstützung der „IGA 2027“ durch die Landesregierung zu Strukturverbesserungen im Ruhrgebiet beitragen muss. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

4. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die beteiligten Ministerien schnellstmöglich zusammenfinden, um die Aufteilung der Finanzierung abzusprechen und somit die Finanzierung durch das Land NRW zu gewährleisten?

Die Gespräche der Vorgängerregierung und ihrer Ministerien mit der Verwaltung des RVR sind auch von der aktuellen Landesregierung fortgesetzt worden.

Am 02./03. August 2017 fand ein Besuch von Vertretern der Ressortarbeitsgruppe, bestehend aus dem MUNLV, dem MHKBG, dem MWIDE und der Staatskanzlei, gemeinsam mit der Verwaltung des RVR bei der „IGA 2017“ in Berlin statt.

Im Rahmen der „Heimat-Tour 2017“ am 31. August 2017 wurde die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung über das Vorhaben „IGA 2027“ informiert.

Die Ressortarbeitsgruppe hat sich am 22. September 2017 mit dem Regionalverband Ruhr weiter über das Vorhaben „IGA 2027“ ausgetauscht.

Am 29. September 2017 hat die Regionaldirektorin des Regionalverbandes Ruhr (RVR), den Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie im Rahmen eines Antrittsbesuchs neben verschiedenen Ruhrgebietsthemen auch zu dem Vorhaben IGA 2027 informiert.

Am 06. Oktober 2017 informierte der RVR den Staatssekretär des MULNV über den Sachstand und das beabsichtigte weitere Vorgehen.

Am 06. Februar 2018 hat sich die Regionaldirektorin des RVR, zusammen mit zwei weiteren Vertretern des RVR mit der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung sowie im Beisein eines Vertreters des MUNLV und einer Vertreterin des FM u.a. über den Sachstand zum Projekt- und Finanzplan zur „IGA 2027“ ausgetauscht. In diesem Gespräch wurde seitens der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung die klare Erwartungshaltung geäußert, dass die beabsichtigten Maßnahmen von den Maßnahmen getrennt werden, die bereits von Kommunen anderweitig zur Projektfinanzierung, beispielsweise im Rahmen von Städtebauförderprogrammen, angemeldet wurden. Darüber hinaus wurde seitens des MHKBG eine Vorlage durch den RVR erwartet, aus der hervorgeht, dass die Kommunen die mit der „IGA 2027“ ausgelösten Folgekosten aus ihren jeweiligen Kommunalhaushalten – nicht wenige sind im „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ – tragen können. Vergleichbares wurde bereits im Rahmen der Projektvorstellung am 31. August 2017 durch das MHKBG angemerkt.

Am 15. Februar 2018 hat ein Gespräch auf Arbeitsebene zwischen MWIDE und RVR stattgefunden. Ein weiterer Austausch zwischen der Ressortarbeitsgruppe und dem RVR fand am 16. Februar 2018 statt.